



Rede zum Tag der Arbeit 2013

„Gute Arbeit, Sichere Rente , Soziales Europa, Aktiver Staat“

Hartmut Tölle

DGB-Bezirksvorsitzender Niedersachsen – Bremen – Sachsen-Anhalt

DGB-Kundgebung in Holzminden

Es gilt das gesprochene Wort

Sperrfrist: 1. Mai 2013, 11 Uhr

DGB-Bezirk Niedersachsen - Bremen - Sachsen-Anhalt

Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

Otto-Brenner-Straße 7

30159 Hannover

Telefon 0511-12601-32

Telefax 0511-12601-57

www.niedersachsen.dgb.de

Der DGB Niedersachsen auf FACEBOOK

www.facebook.com/DGBniedersachsen

und bei Twitter

www.twitter.com/dgb_nds

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

viele Politiker dachten nach der Bankenkrise 2010 voreilig das Licht am Ende des Tunnels zu sehen, mussten dann aber feststellen, dass dies in Wirklichkeit der entgegenkommende Zug war. Denn es ist leider oft so - beim Denken ans Vermögen, leidet oft das Denkvermögen.

Der amerikanische Präsident Theodore Roosevelt sagte 1936: „Wir kämpfen seit der Krise erbittert gegen die Hochfinanz und gewissenlose Spekulanten. Wir wissen, vom organisierten Geld regiert zu werden, ist genauso gefährlich, wie von der Mafia regiert zu werden.“

Uns ist bewusst: Das heutige kapitalistische Finanzsystem ist eine Bedrohung für eine solidarische Gesellschaft. Die Europäische Gemeinschaft der Völker ist in seiner Existenz bedroht. Die Brandbeschleuniger der Spekulanten sind immer noch hochexplosiv und lange nicht entschärft.

Ich sage Euch: Die Euro-Krise ist keine Staatsschuldenkrise, sondern das Ergebnis von skrupellosen Managern, krimineller Energie und staatlicher Unfähigkeit. Wir sollen alle, so versucht es Frau Merkel zu vermitteln, über unsere Verhältnisse gelebt haben. Ich sage Euch, Kolleginnen und Kollegen: Das ist ein neoliberales Gehirngespinnst. Im Vergleich zu anderen Staaten sind wir in Deutschland zwar bisher mit einem blauen Auge durch die Krise gekommen, andere Volkswirtschaften aber liegen auf der Intensivstation und müssen künstlich beatmet werden.

Die Seuche der Finanzspekulationen ist noch nicht gebannt. Aber wir dürfen unsere Partnerländer nicht in eine politische Sackgasse drängen und ihre Volkswirtschaften mit Sparzwängen erdrosseln – frei nach dem Motto: Am deutschen Wesen soll die Welt genesen.

Wir brauchen sozialpolitisch handlungsfähige Staaten in einem demokratischen Europa. Deutschland ist die industrielle Herzkammer Europas und damit haben wir eine besondere Verantwortung für den gesamten Wirtschaftsraum der Union, vor allem auch aus einem gesunden Eigeninteresse heraus.

Die Beschäftigten haben unser Land aus den Ruinen des Naziterrors aufgebaut. Durch Forschung, Entwicklung und Produktion haben wir unsere Volkswirtschaft stark gemacht. Mit guter Arbeit haben wir uns eine Basis erarbeitet, die uns auch in Zukunft Wohlstand sichern kann, damit auch unsere Kinder in Freiheit, Würde und Toleranz leben können.

Aber genau diese Zukunft steht auf dem Spiel. In unserer Gesellschaft sind immer noch Kräfte am Werk, die uns um die Früchte unserer guten Arbeit bringen wollen. Denn so wie in der Vergangenheit kann es nicht weitergehen. Mit Sozialabbau wurden die Haushalte gekürzt, mit Lohndumping die Wettbewerbsfähigkeit erhöht – zu unseren Lasten hier und anderswo in Europa.

Die Bedeutung unserer Arbeit in den Betrieben ist herausragend. Doch, wenn man sich die Wirtschaftspolitik in Deutschland und Europa anschaut, muss man sich die Frage stellen: Was zählt die Realwirtschaft in diesem Wirtschaftssystem noch?

Die Politik in Europa hat nicht die Menschen im Blick, sondern die Spekulanten. Die neoliberalen Politikkonzepte dieser Zeit lauten: Wie reagieren die Märkte? Werden Rating-Agenturen nervös? Beruhigen sich die Anleger wieder?

Vor allem, wenn es nach der FDP geht, beschränkt sich staatliches Handeln auf Finanzmarktpsychologie und Klientelpolitik für ihre Wähler. Wenn der DGB das Aufspannen von Rettungsschirmen unterstützt, tun wir das für die Sicherheit von Beschäftigung in Europa.

Wir kämpfen für den Erhalt von Stabilität und Arbeit durch Solidarität und damit auch für unsere eigene Zukunft. Wir machen das nicht, damit uns Rating-Agenturen weiter verarschen und skrupellose Gangster in Nadelstreifen ausbeuten können.

Wir brauchen keine rechtsfreien Zonen für Spekulanten! Wir brauchen eine neue Finanzmarktarchitektur! Wir brauchen: Transparente Bilanzen! Eine einheitliche Bankenaufsicht! Ein Verbot von Leerverkäufen! Eine staatliche Kontrolle von Rating-Agenturen!

Und wir brauchen auch die Finanztransaktionssteuer. Zocken an den Finanzmärkten muss unattraktiver gemacht werden. Die Anleger müssen für die Kosten, die sie durch ihr Treiben verursachen, zur Kasse gebeten werden.

Die Bundesregierung ist hier in der Pflicht. Statt Öl ins Feuer zu gießen, muss sie auch auf europäischer Ebene ihren Einfluss geltend machen und die Weichen für eine abgestimmte Finanz- und Wirtschaftspolitik stellen. Doch stattdessen hat der Marktradikalismus in Europa seinen vorläufigen traurigen Höhepunkt erreicht. In Brüssel haben 25 Mitgliedstaaten der Europäischen Union 2011 den so genannten Fiskalpakt beschlossen. Dieser Pakt wird weder Stabilität schaffen noch Europa aus der Krise führen. Im Gegenteil, er ist Gift für Wachstum und Demokratie in Europa.

Konkret bedeutet der Fiskalpakt:

- Europaweit wird der Druck auf die Beschäftigten nochmals verstärkt.
- Erneut – und noch mehr als bisher – geraten gute Löhne und Arbeitsbedingungen, Sozialsysteme und Tarifautonomie unter Beschuss.
- Den öffentlichen Haushalten wird ein faktisches Zwangssparen auferlegt. Drastische Kürzungen der Staatsausgaben werden zur Pflicht.

Der Fiskalpakt ist die neoliberale Bankrotterklärung in der größten Krise der EU. Das sind schwarzgelbe Irrlichter, die uns direkt in den Abgrund führen. Und das hat Folgen: Für uns und unsere Kinder.

Deutschlands Zukunft wird durch die Schuldenbremse ausgebremst und der Fiskalpakt soll dafür sorgen, dass die Beschäftigten allein die Zeche zahlen. Hier ist eine Ideologie am Werk, wie Räuber Opfer dankbar machen. Durch Unterlassen kann man genauso schuldig werden wie durch Handeln.

Wir brauchen eine Wachstumspolitik, die gute Arbeit schafft, aber wir bekommen eine Kürzungspolitik, die den Sozialstaat weiter aushöhlt und mit dafür sorgt, dass sich immer mehr Menschen von der Politik abwenden oder politischen Rattenfängern folgen wie die Wahlen in Italien zeigen.

Wir wissen: Nur Reiche brauchen einen armen Staat, um noch reicher zu werden. Wir hingegen wollen einen starken Staat. Wir brauchen einen handlungsfähigen Sozialstaat, der Bedingungen schafft und sichert, damit wir auch in Zukunft in Würde und Freiheit leben können. Aber seit Jahren werden von der Bundesregierung alle Sozialsysteme mit der „Abrissbirne“ saniert.

Soziale Gerechtigkeit gibt es aber nicht zum Nulltarif. Wir fordern eine Steuerpolitik, die auch genug Einnahmen für die staatliche Daseinsvorsorge erbringt, die wir brauchen. Starke Schultern müssen mehr tragen als schwache.

Die Politik ist uns eine gerechte Steuerpolitik schuldig geblieben. Allein in Deutschland besitzen die reichsten zehn Prozent über die Hälfte des privaten Gesamtvermögens mit stark steigender Tendenz. Das sind zurzeit über 5 Billionen Euro.

Milliardenbeträge sind durch Steuerhinterziehung ins Ausland geschafft worden. Das geplante Steuerabkommen mit der Schweiz schützt diese Verbrecher. Steuersünder bleiben anonym und werden nicht bestraft. Wir müssen diesem rückwärtsgewandten Zeitgeist ohne Ethik und Moral Einhalt gebieten. Wer durch gewissenloses Handeln unser Gemeinwohl gefährdet, dem muss das Handwerk gelegt werden.

Es sind insbesondere unsere Kommunen, die unter dieser desaströsen Haushaltspolitik zu leiden haben. Sie werden mit der Steuerpolitik der Bundesregierung geradezu handlungsunfähig gespart. Doch die Bundesregierung bleibt bei ihrer Klientelpolitik für Hotelbesitzer und Großverdiener: Statt Vermögenssteuer, Finanztransaktionssteuer und einen höheren Spitzensteuersatz einzuführen sind Kopfpauschalen, Rentenkürzungen und das weitere Schröpfen von Hartz-IV-Beziehern die Mittel, durch die unser Gemeinwesen gesunden soll.

Die bitterste Medizin dieser sozialpolitischen Giftmischer ist aber die Rente mit 67. Die Rente erreichen nur die wenigsten aus regulärer Beschäftigung. Das tatsächliche Renteneintrittsalter liegt heute im Schnitt bei 62 Jahren. Die Rente mit 67 bedeutet drastische Einschnitte ins Rentenniveau. Altersarmut wird damit zum Normalfall. Besonders hart trifft die Rente mit 67 diejenigen, die körperlich schwere Arbeit leisten. Das ist immerhin jeder Dritte in Deutschland!

Wir brauchen gute Arbeitsbedingungen, damit die Beschäftigten in den Betrieben auch gesund bleiben. Stattdessen haben Stress und Leistungsverdichtung enorm zugenommen. Für uns Gewerkschafter bleibt es dabei: die Rente mit 67 muss vom Tisch!

Statt einer pauschalen Rente mit 67 brauchen wir gleitende und gesicherte Übergänge aus der Arbeit in den Ruhestand. Wir Gewerkschaften haben die aktuelle Rentenformel immer kritisiert. Die heutige Gesetzeslage wird bis 2030 dazu führen, dass das Rentenniveau auf 43 Prozent sinkt. Wir dürfen in diesem Zusammenhang auch nicht übersehen: Jede Verlängerung der Arbeitszeit – auch die Rente mit 67 – blockiert den Zugang zur Beschäftigung. Für junge Erwachsene ist es heute schon schwer, einen auskömmlichen Einstieg ins Arbeitsleben zu finden. Und wenn wir die Reden vom „Jobwunder“ in Deutschland hören, von der niedrigsten Arbeitslosenquote seit der Wende, dann kann man nur mit dem Kopf schütteln.

Ich möchte hier mit einem Märchen aufräumen: Die deutsche Wirtschaft steht nicht wegen der neoliberalen Politik der letzten Jahrzehnte so gut da, sondern weil Betriebsräte und Gewerkschaften mit verantwortungsvollen Unternehmensleitungen gehandelt haben. Hartz IV war keine bittere Medizin, es war pures Gift!

Die „Agenda 2010-Politik“ hat den Aufschwung nicht verursacht, sie hat ihn gefährdet. Es ist eindeutig: Der wichtigste Grund für die positive Entwicklung nach der Krise 2009 ist die robuste Substanz unserer Wirtschaft.

Die Beschäftigten in Forschung, Entwicklung und Produktion sind die Garanten der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit. Der Dienstleistungssektor und vor allem die starke deutsche Industrie sind der Motor, sie garantieren Innovationen und Wirtschaftswachstum. Unser industrielles Fundament ist die beste Krisenprävention. Dafür braucht unsere Volkswirtschaft neben florierenden Exporten eine ordentliche Binnennachfrage.

Bei den letzten Tarifabschlüssen konnten die Gewerkschaften dieses Ziel zum Teil durchsetzen. Es gab vor allem kräftige Lohnsteigerungen. Aber die Lage ist für Millionen von Menschen dramatisch,

eine Trendwende für sichere Arbeitsplätze ist nicht in Sicht: Auch in Niedersachsen wuchert die prekäre Beschäftigung wie ein Krebsgeschwür.

Diese Entwicklung verunsichert die Menschen in unserem Land. Sie haben Existenzängste – und das zu Recht. Wir haben nach wie vor einen Mangel an Beschäftigung von der wir leben können und keinen Arbeitskräftemangel!

Es sind oftmals die jungen Menschen, die von Arbeitslosigkeit betroffen sind. Dafür gibt es Gründe: In Niedersachsen sind 18,7% der jungen Erwachsenen unter 29 Jahren ohne abgeschlossene Ausbildung. 80 Prozent der Unternehmen in Niedersachsen jammern über die fehlende Ausbildungsreife der jungen Menschen und begründen so, warum sie nicht genügend ausbilden.

Diese Aussage ist ihre Ausrede für das klägliche Versagen der Wirtschaft. Von den Unternehmen werden weniger Ausbildungsplätze als im Vorjahr angeboten, allerdings ist zeitgleich die Anzahl der Bewerberinnen und Bewerber deutlich angestiegen. Die Betriebe sind aufgefordert, viel aktiver zu werden! Wer jetzt bei der Ausbildung spart, der nimmt nicht nur jungen Menschen die Zukunft, der schädigt auch sein Unternehmen und den Standort Deutschland.

Wir brauchen endlich ein Bildungssystem, das der demografischen Herausforderung gerecht wird. Alle Kinder, Schüler, Auszubildende und Studierende müssen ihren Fähigkeiten entsprechend gefördert werden. Dabei sind Ausbildung und Qualifikation die Schlüssel für die Zukunft in unserem Land. Wir bleiben dabei: Jeder junge Mensch hat ein Anrecht auf einen qualifizierten Ausbildungsplatz!

Es stimmt, auch bei uns sind neue Stellen geschaffen worden. Aber ich frage Euch: Was sind das für Stellen?

- In den letzten 10 Jahren wurden 130.000 neue Stellen in Teilzeit geschaffen.
- 90.000 weitere neue Jobs fallen unter die Kategorie „geringfügige Beschäftigung.“
- Die Leiharbeit hat in Niedersachsen um 22,4% zugenommen. Mehr als jede dritte gemeldete offene Stelle in Niedersachsen ist ein Leiharbeitsjob.

Leiharbeit boomt, weil sie Lohndumping ermöglicht. Leiharbeit bedeutet aber ständige Flexibilität und damit ständige Unsicherheit. Dabei kann von gleichem Lohn für gleiche Arbeit keine Rede sein: Das mittlere Bruttoarbeitsentgelt von Leiharbeitern liegt 43% unter dem aller Vollzeitbeschäftigten. Die Konsequenz ist: Leiharbeit verdrängt zunehmend tariflich geregelte Beschäftigung! Damit muss Schluss sein! Wir brauchen auch in der Leiharbeit gleichen Lohn für gleiche Arbeit - ab dem ersten Tag der Beschäftigung - und zwar auf der Basis von Tarifverträgen in den Branchen!!

Niedriglöhne und prekäre Beschäftigung fressen sich wie Säure in die Belegschaften. Es gibt immer mehr Menschen, die mit Hartz IV aufstocken müssen. Prekäre Beschäftigung nimmt zu. Jeder Zehnte in Niedersachsen hat einen befristeten Arbeitsvertrag.

Dieser Zustand ist untragbar. Unternehmen müssen ihrer sozialen Verantwortung wieder gerecht werden. Der Sozialstaat muss Rahmenbedingungen schaffen und für soziale Gerechtigkeit sorgen. Heute geschieht das Gegenteil. Wir brauchen eine Trendwende in unserem Land.

- Wir brauchen allgemeinverbindliche Tarifverträge, die uns vor prekären Arbeitsbedingungen schützen.
- Leiharbeit muss eingegrenzt werden. Dort, wo das nicht geht, brauchen wir Equal Pay - also gleichen Lohn für gleiche Arbeit, vom ersten Tag an.

- Wir brauchen dringend einen gesetzlichen Mindestlohn von 8 Euro 50 pro Stunde, um Ausbeutung effektiv zu verhindern.

Wir brauchen Gute Arbeit und sichere Renten. Arbeit, die die Lebensqualität erhöht und nicht die Menschen auslaugt und ausbeutet. Zu lange wird in Deutschland auch staatliches Lohndumping betrieben. Das geht zu unseren Lasten und zu Lasten unserer europäischen Nachbarn.

„Armut trotz Arbeit“ darf es in unserem Land nicht geben. Höhere Löhne sind bezahlbar und ein Gebot der wirtschaftlichen Vernunft. Auch in unserem Land brauchen wir eine ordentliche Binnennachfrage, um die Konjunktur zu stützen. Die Arbeit in den Betrieben, Unternehmen aber auch im öffentlichen Dienst ist die Basis für Aufschwung und Wachstum. Deshalb fordern wir: Gute Arbeit, die tariflich abgesichert ist, muss in Niedersachsen der Normalfall sein. Wir fordern: Öffentliche Aufträge dürfen nur an Unternehmen gehen, die sich an Tarifverträge binden! Wir wollen keinen Unterbietungswettbewerb zwischen den Unternehmen auf dem Rücken unserer Kolleginnen und Kollegen. Niedersachsen braucht ein Vergabegesetz, das Lohndumping einen Riegel vorschiebt.

Zum Schluss möchte ich den Blick noch auf zwei andere, besonders wichtige Themen lenken. Die Frage ist: Wie wollen wir in Zukunft leben? Dabei denke ich an die Gestaltung der Energiewende und die Frage nach der Willkommenskultur in Deutschland.

Zunächst zur Energie. Für die Wirtschaft unseres Landes ist die Energiewende ein zentrales Thema. Wer aus Tschernobyl keine Lehren gezogen hat, weiß spätestens seit den tragischen Ereignissen in Fukushima, dass die Nutzung der Atomenergie unverantwortlich ist. Wir können die Energiewende schaffen, wenn die Politik die Weichen richtig stellt. Die Energiewende muss für die Menschen bezahlbar sein. Gleichzeitig nutzt es uns nichts, wenn unsere energieintensive Industrie durch einen wettbewerbsverzerrenden Energiepreis aus dem Land getrieben wird. Mit unseren Potentialen in der erneuerbaren Energie kann gerade Niedersachsen ein Vorreiter sein. Das schützt nicht nur unser Klima, das schafft Arbeitsplätze, wenn die Politik entschlossen handelt!

Zum Schluss stelle ich uns die Frage - Ist Deutschland die offene und tolerante Gesellschaft, die wir uns wünschen? Wie steht es um die Willkommenskultur in Deutschland? Rechtsextreme Gewalt und Fremdenfeindlichkeit nehmen in Europa stetig zu. Wir brauchen keine Demagogen, die von Problemen ablenken, indem sie vor allem die Schwachen und Hilfsbedürftigen diffamieren und unsere Gesellschaft weiter spalten.

Europa war die Antwort auf die verheerenden Kriege im letzten Jahrhundert, wir dürfen diese Idee nicht leichtfertig opfern. Das Europa, das wir wollen, steht für Frieden und Wohlstand für alle sowie ein solidarisches Miteinander der Menschen in Europa. Fremdenfeindlichkeit, Rassenwahn und Antisemitismus sind das Gegenteil von einer Willkommengesellschaft, die wir wollen, das lehrt uns das düsterste Kapitel der Deutschen Geschichte.

Deutschland hatte sich selbst durch die Barbarei des „Dritten Reiches“ aus der Gemeinschaft der zivilisierten Welt ausgeschlossen. Die Verachtung der Menschenwürde durch die Taten der „Herrenrasse“ an sogenannten „Untermenschen“ war der Bruch in unserer Geschichte. Nur die Bereitschaft der anderen Völker zur Versöhnung machte die Brücke zu einem Neuanfang deutscher Nationalstaatlichkeit möglich.

Wir brauchen erst recht keine Rassisten und Neofaschisten in unseren Parlamenten, die die Menschenrechte verachten und mit ihren national-völkischen Phrasen zurück wollen in ein Reich der

Unmenschen, indem sie Naziverbrecher verehren können. Rassismus und Fremdenfeindlichkeit hat nirgendwo Platz: Nicht in Holzminen oder irgendwo sonst. Auch gerade, wenn wir morgen am 2. Mai an die Zerschlagung der Gewerkschaften zurückdenken.

Otto Brenner sagte: „Nicht Ruhe, nicht Unterwürfigkeit gegenüber der Obrigkeit ist die erste Bürgerpflicht, sondern Kritik und ständige demokratische Wachsamkeit“.

Gerade heute bleibt dieser Leitsatz absolut aktuell. Wir bleiben bei unserer eindeutigen Haltung – faschistisches und rassistisches Gedankengut ist keine Meinung, sondern ein Verbrechen. Die NPD gehört verboten und ihre Gefolgschaft hat in den Parlamenten nichts zu suchen. Wir müssen uns einmischen und Charakter zeigen – das ist das Mindeste.

In den Kommunen sind wir zuhause. Hier leben und arbeiten wir. Unsere Leitbilder sind: Freiheit, Gleichheit und Toleranz. Unser Handeln ist geprägt von Solidarität. Diese Werte sind und bleiben tief in unseren Herzen verwurzelt und sind Richtschnur für unser Handeln. In diesem Sinne wünsche ich uns einen solidarischen und kämpferischen 1. Mai!